

**Niederschrift über die
Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (11. Wahlzeit) des Landkreises
Trier-Saarburg am 30.04.2024 im Besprechungsraum 318a der Kreisverwaltung
in Trier.**

Beginn: **09:07** Uhr

Ende: **11:00** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Markus Franzen

Mitglieder

Herr Norbert Friedrich

Frau Heike Gleißner

Frau Nadine Maus

Vertretung für Herrn Dr. Karl-Georg
Schroll

Herr Lars Rieger

Herr Uwe Roßmann

Herr Achim Schmitt

Herr Rony Sebastiani

Frau Martina Wehrheim

ab 9.12 Uhr (vor Eintritt in die TO)

bis 9.42 Uhr (TOP 2, RN 10)

ab 10.33 Uhr (TOP 2, RN 21)

Verwaltung

Frau Ute Beiling

Herr Jörg Braun

Herr Kevin Forstner

Herr Johannes Gräber

Frau Silke Koster

Frau Julia Lechner

Frau Inge Malburg

Herr Stefan Metzdorf

Herr Jens Müller

Abteilung 1 - Rechnungs- und Gemein-
deprüfungsamt

Leiter der Abteilung 1 - Rechnungs- und
Gemeindeprüfungsamt

Abteilung 6 - Finanzen und Beteiligungen

Abteilung 1 - Rechnungs- und Gemein-
deprüfungsamt

Abteilung 6 - Finanzen und Beteiligungen

Abteilung 1 - Rechnungs- und Gemein-
deprüfungsamt

Landrat

Abteilung 6 - Finanzen und Beteiligungen
(Leiter der Kreiskasse)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Bernhard Henter

Herr Paul Neumann

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Martin Alten

entschuldigt

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons Rodens entschuldigt
Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der Vorsitzende Markus **Franzen** begrüßt die Mitglieder sowie die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung. Außerdem begrüßt er den Landrat, der ebenso alle Teilnehmenden zur heutigen Sitzung begrüßt, sich aber für den weiteren Sitzungsverlauf entschuldigen lässt.

Folgend verliest der **Vorsitzende** die Liste der entschuldigten Mitglieder.

Die letztmalige Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses liege nunmehr 3 Jahre zurück. Die Verzögerung der Jahresabschlusserstellung und auch Prüfung sei u. a. auf den plötzlichen Tod des Kollegen Herrn Becker zurückzuführen. Der **Vorsitzende** bittet um eine kurze Gedenkminute.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht, sie wird wie folgt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Erledigung der Prüffeststellungen aus der Sitzung am 31.03.2021 betreffend der Jahresabschlüsse 2016 und 2017; Vorlage: 0102/2024**
- 2. Prüfung des Jahresabschlusses 2018; Vorlage: 0091/2024**
- 3. Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

1. Erledigung der Prüffeststellungen aus der Sitzung am 31.03.2021 betreffend der Jahresabschlüsse 2016 und 2017; Vorlage: 0102/2024

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die noch offenstehenden Prüfungsfeststellungen der Jahresabschlüsse 2016 und 2017, welche teilweise unter den Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss 2018 erneut aufgegriffen werden. Deshalb schlage er vor, die offenstehenden Prüfungsfeststellungen, zumindest im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 und 2017 als erledigt anzusehen. Zudem liegen die Feststellungen weit in der Vergangenheit und seien heute nicht mehr gänzlich nachzuvollziehen.

Der **Ausschuss** ist mit dem Vorschlag einverstanden und fasst daraufhin den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss sieht die Prüfungsfeststellungen für die Jahresabschlüsse 2016 und 2017 als erledigt an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. Prüfung des Jahresabschlusses 2018; Vorlage: 0091/2024

Protokoll:

Der **Vorsitzende** geht auf die jeweiligen Prüfungsfeststellungen des Jahresabschlusses 2018 ein:

Randnummer 01

Der **Rechnungsprüfungsausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und schließt sich der Auffassung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes an. Die Vorgaben des Inhaltes bzgl. der Öffentlichen Bekanntmachung müssen künftig beachtet werden. Der Ausschuss verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 02

Der **Vorsitzende** geht auf die Prüfungsfeststellungen ein.

Herr **Gräber** informiert über die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Kosten- und Leistungsrechnung. In der Verwaltung gebe es aktuell keine Kostenleistungsrechnung, aber wohl werde eine interne Leistungsverrechnung durchgeführt. Aktuell werde ein internes Controlling eingerichtet, welches sich künftig diesem Thema annehmen solle.

Da die Verwaltung sich derzeit um die Einführung einer KLR in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde bemühe, schlägt der **Vorsitzende** die nachfolgende Beschlussfassung vor.

Beschluss:

In der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses soll eine Sachstandsinformation zur Umsetzung der Einführung einer Kostenleistungsrechnung innerhalb der Kreisverwaltung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Randnummern 03 und 04

Dienstanweisungen sollten aktualisiert und im Zeitverlauf angepasst werden, wenn sich Strukturen und Prozesse ändern, so der **Vorsitzende**. Hier sieht er die Erforderlichkeit einer stetig erfolgenden Überprüfung.

Geschäftsbereichsleiter **Fuchs** erläutert, dass auf Grundlage einer Matrix zukünftig ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung der Dienstanweisungen erarbeitet und etabliert werde. Er verweist auf die Stellungnahme der Fachabteilung.

Folgend beraten die **Teilnehmenden** über einen geeigneten Turnus der Überprüfung.

Ausschussmitglied **Sebastiani** (FWG) hinterfragt in diesem Kontext die Aktualität der Dienstanweisung über die Durchführung der Inventur. Er verweist auf den Umstand, dass die Dienstanweisung seit Jahren nicht aktuell sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe diesbezüglich bereits einen Beschluss gefasst, welcher bis heute nicht umgesetzt worden sei.

Abteilungsleiter **Gräber** erklärt, dass die Verwaltung nach den Rahmenbedingungen der Dienstanweisung und der Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses arbeite. Lediglich die Bekanntmachung der Dienstanweisung fehle noch und werde, nach einer textlichen Aktualisierung, im Handbuch für Bedienstete erfolgen. Er sagte diese alsbald zu.

Beschluss

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und erwartet deren Umsetzung, sowohl was die Erneuerung der Dienstanweisung für die Durchführung der Inventur, also auch die regelmäßige Überprüfung der Dienstanweisungen nach der beschriebenen Matrix künftig erfolgen solle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Randnummer 05

Die Frist zur Aufstellung der Jahresabschlüsse sei sicherlich indiskutabel, so der **Vorsitzende**. Jedoch sei die Umsetzung in der Praxis teilweise schleppend.

Eine künftige zügige Herangehensweise sei im Interesse der Verwaltung und das Rechnungsprüfungsamt sei bemüht, die nächsten Jahresabschlüsse zügig zu prüfen.

Die Abteilungsleiter **Gräber** und **Braun** bestätigen, dass der Jahresabschluss 2018 der zuletzt zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss sei. Der Jahresabschluss 2019 werde nun zügig erstellt und ebenso zur Prüfung vorgelegt. Nach dem plötzlichen Tod des Mitarbeitenden Becker sei die Stelle nun neu personalisiert worden, so dass die Erstellung zügig erfolgen könne.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 06

Abteilungsleiter **Braun** erläutert die Problematik der fehlenden Transparenz des Rechenschaftsberichtes. Deshalb solle dieser für die künftigen Jahre auf die wesentlichen Informationen gestrafft werden.

Ausschussmitglied **Schmitt** (SPD) gibt zu bedenken, dass die Nachvollziehbarkeit nicht verloren gehen dürfe.

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Informationen und die Stellungnahme zur Kenntnis, dass die Fachabteilungen die Anforderungen des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes umsetzen werde. Der Ausschuss stimmt diesem Vorgehen zu.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 07

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt fest, dass die Regelungen der Dienstanweisung Stundung zur Überwachung der Verjährung von Ansprüchen konsequent einzuhalten ist. Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich der Auffassung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes an.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Randnummer 08

Der **Rechnungsprüfungsausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, verbleibt aber ohne Beschluss.

Randnummer 09

Der **Vorsitzende** geht auf die Prüfungsfeststellung ein und erläutert, dass die Höhe des Betrages zwar nicht beträchtlich sei, jedoch hier Recht gesprochen werden sollte, wenn bewusst zuwidergehandelt werde.

Abteilungsleiter **Gräber** informiert über den konkreten Fall. Schlussendlich komme es hier zur Ausbuchung der Forderung, nachdem alle anderen Vollstreckungsmaßnahmen nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben.

Der **Rechnungsprüfungsausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 10

Im Folgenden wirft der **Ausschuss** den Vorschlag auf, den Betrag über die Höhe der Kleinstbeträge ggf. zu erhöhen, da der damit verbundene Arbeitsaufwand in keiner Relation stehe.

Die Zahlungsmoral des Bürgers gegenüber Forderungen der Kreisverwaltung sei zwar tatsächlich noch sehr hoch, so Abteilungsleiter **Gräber**. Aus Verwaltungssicht könne er aber dem Vorschlag zur Erhöhung dieser Kleinbetragsregelung, um einen pragmatischeren Umgang zu schaffen und zusätzliche Verwaltungs- und Personalkosten zu verringern, vollumfänglich zustimmen.

Folgend stellt der **Ausschuss** klar, dass eine Heranziehung ersatzpflichtiger Bediensteter bzgl. Schadensersatzansprüchen, so wie im Prüfungsbericht als Möglichkeit dargestellt, nicht gewollt sei.

Die Fachabteilungen sollen die Vorgehensweise in derartigen Fällen immerzu mit dem Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt abstimmen.

Der **Ausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 11 und 12

Beschluss

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sind künftig von den zuständigen Bediensteten der Fachabteilungen durchzuführen. Die Empfehlung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes sollen beachtet werden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 13

Der **Vorsitzende** informiert, dass das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt gemäß einer internen Einigung mit der Finanzabteilung vorschläge, bei Pauschalwertberichtigungen vorerst bei 1 % zu bleiben, bis die Prüfungen der Jahresabschlüsse zeitnah abgeschlossen sind, um dann erneut die Höhe zu thematisieren.

Beschluss

Der Ausschuss hält an der errechneten Pauschalwertberichtigung i. H. v. 1% fest, bis die offenen Jahresabschlüsse weitestgehend abgewickelt sind. Die Thematik solle zu einem späteren Zeitpunkt erneut beraten werden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 14

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** erläutert, dass die Verbandsgemeinden sehr eigenständig in diesem Thema arbeiten und über die Leistungsgewährung und dem Umgang mit Forderungen im eigenen Namen entscheiden und unmittelbar in den Kreishaushalt buchen können. Dem Landkreis obliege die Fachaufsicht in dieser Sache.

Abteilungsleiter **Gräber** ergänzt, dass sich die Verbandsgemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsgarantie selbst Regelungen im Hinblick auf den Umgang mit Stundungen, Niederschlagungen etc. geben.

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Plausibilitätsprüfung der bilanzierten Forderungen für die letzten Jahre ab dem Jahr 2018 durchzuführen und die Ergebnisse der Rechnungsprüfung vorzulegen sowie im Rahmen der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses anhand der Ergebnisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 15

Abteilungsleiter **Braun** geht auf die Problemstellung ein. Laut der Finanzabteilung sei eine anderweitige Darstellung softwaretechnisch nicht um-

setzbar. Die Verwaltung schlage deshalb vor, die Problematik vorerst nur zur Kenntnis zu nehmen, bis die noch offenstehenden Jahresabschlüsse weitestgehend abgearbeitet seien, um dann erneut die Problematik zu thematisieren.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und eine Umsetzung/Abwicklung soll erfolgen, wenn die Prüfung der ausstehenden Jahresabschlüsse bis zum aktuellen Stand abgeschlossen sei.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 16 und 17

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, dass sich das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt und die Finanzabteilung dahingehend geeinigt haben, dass das bisherige Verfahren auch künftig angewendet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Randnummer 18

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt den Ausführungen zu, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Anhangangaben künftig vollständig vorzunehmen sind. Er verbleibt hier abschließend ohne Beschluss.

Randnummer 19

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Prüfungsfeststellung zur Kenntnis und schließt sich diesen Ausführungen an, so dass erhebliche Veränderungen von Bilanzposten im Rechenschaftsbericht anzugeben und zu erläutern sind.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 20

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt sowie die Finanzabteilung abge-

stimmt haben, dass im Jahresabschluss 2019 die korrekten Bezeichnungen sowie das verbindliche Muster 18 verwendet werden. Der Ausschuss verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 21

Der **Vorsitzende** verweist auf die Stellungnahme der Abteilung 16. Im Zuge der Einführung des neuen Dokumentenmanagementsystems (DMS) im Laufe dieses Jahres sei die Implementierung eines Vertragsverwaltungstools vorgesehen. Die im Prüfungsbericht angeregte Nutzung von Synergieeffekten im Zuge der Einführung des DMS werde demnach entsprechen.

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss verweist auf die Prüfungsfeststellung und die Stellungnahme der Fachabteilung, wonach keine Vertragsinventur im Zuge der Einführung des Dokumentenmanagementsystems erfolgen solle. Er schließt sich dieser Vorgehensweise an.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 22

Der **Vorsitzende** geht auf den Sachverhalt ein. Es handelt sich sicherlich um einen einmaligen Fall. Hier sollte künftig stärker sensibilisiert und darauf hingewirkt werden, dass die Abwicklung per Überweisung erfolgt. Das System sei diesbezüglich umgestellt worden.

Der **Ausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 23

Abteilungsleiter **Gräber** informiert über die Problemstellungen. Die Beträge werden zeitnah an die Gläubiger ausgezahlt.

Der **Ausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 24

Abteilungsleiter **Gräber** erläutert die Verrechnungen nach dem Jahresabschluss zwischen den Mandaten, was programmtechnisch zu summarischen Differenzen führe. Die Fachabteilung arbeite an Lösungen, um dieses Problem zu beheben.

Der **Ausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 25

Abteilungsleiter **Gräber** geht auf den Mehraufwand der aktuellen Abwicklung durch die Kreiskasse ein.

Abteilungsleiter **Braun** berichtet, dass es mittlerweile eine Absprache zwischen der Finanzabteilung und dem Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt gebe, dass keine Vorträge mehr gebildet würden, wenn Anordnungen nicht erstellt seien.

Insbesondere die Abwicklungen der Zahlungen des Sozialamtes gestalten sich unübersichtlich. Die notwendigen Kostenstellen fehlten und seien erst mit der Erstellung der Anordnung verknüpft.

Abteilungsleiter **Gräber** erläutert die zusätzlichen Tätigkeiten, die die Kreiskasse aufgrund der fehlenden Anordnungen durchführen müsse. Die Verfahrensweise werde nunmehr so gestaltet, dass die Kassenleitung, das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt und die Abteilungsleitungen bei der Aufforderung zur Fertigung der Anordnungen einbezogen werden.

Beschluss

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bittet um eine Sachstandsinformation zu dieser Thematik in der nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 26

Der **Ausschuss** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verbleibt ohne Beschluss.

Randnummer 27

Beschluss

Der Ausschuss schließt sich den Ausführungen des Prüfungsberichtes an. Das Muster 20 ist für die Forderungsübersicht im Zuge des Jahresabschlusses 2019 zu verwenden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 28

Beschluss

Der Ausschuss schließt sich den Ausführungen des Prüfungsberichtes an. Das Muster 21 ist für die Verbindlichkeitenübersicht im Zuge des Jahresabschlusses 2019 zu verwenden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Randnummer 29

Abteilungsleiter **Braun** erläutert den Hintergrund dieser Prüfungsfeststellung. Künftig sollen laut Abstimmung mit der Finanzabteilung die Ermittlung der Werte nachgewiesen werden.

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmt den Ausführungen zu und schließt sich der Auffassung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes an.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Randnummer 30

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmt den Ausführungen zu und schließt sich der Auffassung des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes an. Für den Jahresabschluss 2019 ist das aktuelle Muster 22 zu verwenden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Weitergehend stellt der **Ausschuss** mittels einstimmigem Beschluss fest, dass die im Prüfungsbericht getroffenen Anmerkungen bzgl. der unzutreffenden Buchungen hinsichtlich des Entgeltes für die Einräumung des Erbbaurechtes für das Altenzentrum Konz im Ergebnis der Prüfung aus der Welt geräumt werden konnten.

Abschließend fasst der Rechnungsprüfungsausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. den geprüften Jahresabschluss 2018 festzustellen.
2. dem Landrat und den Kreisbeigeordneten, soweit sie den Landrat vertreten haben, Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für die Vorbereitung des Jahresabschlusses und des Prüfungsberichte sowie für die Vorbereitung der heutigen Sitzung. Zudem dankt er den Mitgliedern des Ausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit.

3. Informationen und Anfragen**Protokoll:**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Markus Franzen)

Der Protokollführer:

(Christine Lorig)
Kreisamtfrau